

Erklärung von Bundeskanzler Adenauer vor dem Bundestag (Bonn, 17. Juni 1953)

Legende: Anlässlich der Ereignisse vom 17. Juni 1953 gibt der deutsche Bundeskanzler Konrad Adenauer vor dem Bundestag eine Erklärung ab, in der er die Solidarität der Regierung mit den Ost-Berliner Arbeitern unterstreicht.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 18.06.1953, Nr. 112. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Erklärung von Bundeskanzler Adenauer vor dem Deutschen Bundestag (17. Juni 1953)", p. 949.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_bundeskanzler_adenauer_vor_dem_bundestag_bonn_17_juni_1953-de-1fec3eca-07cf-449d-b6a5-9794c75874bc.html

Publication date: 02/07/2015

Erklärung von Bundeskanzler Adenauer vor dem Deutschen Bundestag (Bonn, 17. Juni 1953)

Die Ereignisse in Berlin haben in der deutschen Öffentlichkeit und darüber hinaus in der Welt starken Widerhall gefunden. Die Bundesregierung erklärt zu den Vorgängen:

Wie auch die Demonstrationen der Ost-Berliner Arbeiter in ihren Anfängen beurteilt werden mögen, sie sind zu einer großen Bekundung des Freiheitswillens des deutschen Volkes in der Sowjetzone, und Berlin geworden. Die Bundesregierung empfindet mit den Männern und Frauen, die heute in Berlin Befreiung von Unterdrückung und Not verlangen. Wir versichern ihnen, daß wir in innerster Verbundenheit zu ihnen stehen. Wir hoffen, daß sie sich nicht durch Provokationen zu unbedachten Handlungen hinreißen lassen, die ihr Leben und die Freiheit gefährden könnten.

Eine wirkliche Änderung des Lebens der Deutschen in der Sowjetzone und in Berlin kann nur durch die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit erreicht werden. Der Weg hierzu ist, wie der Bundestag in seinem Beschluß vom 10. Juni erneut bekräftigt hat

1. die Abhaltung freier Wahlen in ganz Deutschland;
2. die Bildung einer freien Regierung für ganz Deutschland;
3. der Abschluß eines mit dieser Regierung frei zu vereinbarenden Friedensvertrages;
4. die Regelung aller noch offenen territorialen Fragen in diesem Friedensvertrag;
5. die Sicherung der Handlungsfreiheit für ein gesamtdeutsches Parlament und eine gesamtdeutsche Regierung im Rahmen der Grundsätze und der Ziele der Vereinten Nationen.

Die Bundesregierung wird nach diesen Grundsätzen handeln und sich darüber hinaus bemühen, daß bald wirksame Erleichterungen im Interzonenverkehr und in der Verbindung zwischen Berlin und der Bundesrepublik verwirklicht werden, die der wiedererstehenden Einheit den Weg bahnen.

Die Bundesregierung verfolgt die Entwicklung der Ereignisse mit größter Aufmerksamkeit; sie steht mit den Vertretern der Westmächte in ständiger enger Verbindung.

In dieser bedeutsamen Stunde wollen wir alle ohne Unterschied politischer Auffassungen für das große gemeinsame Ziel zusammenstehen.